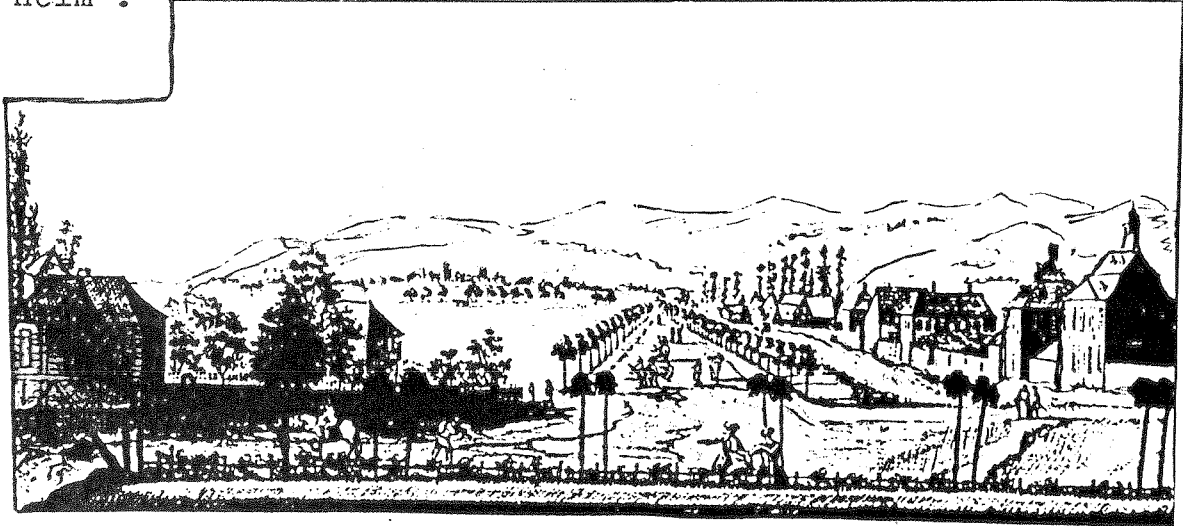


Das Frankfurter Westend

entstand nicht aus einem gewachsenen Gemeinwesen mit Ortsmittelpunkt sondern war bis ins vorige Jahrhundert ein Feld- und Gartenvorland zwischen Frankfurt a.M. und dem Dorf Bockenheim .



Johann Caspar Zehender: Die Bockenheimer Chaussee 1772

Als um 1800 die Stadtbefestigung militärisch nutzlos und zu Gunsten einer prachtvollen, die Stadt umrundenden Grünanlage beseitigt wurde, war dies für die Bürger ein befreiender Akt aus der mittelalterlichen Enge.

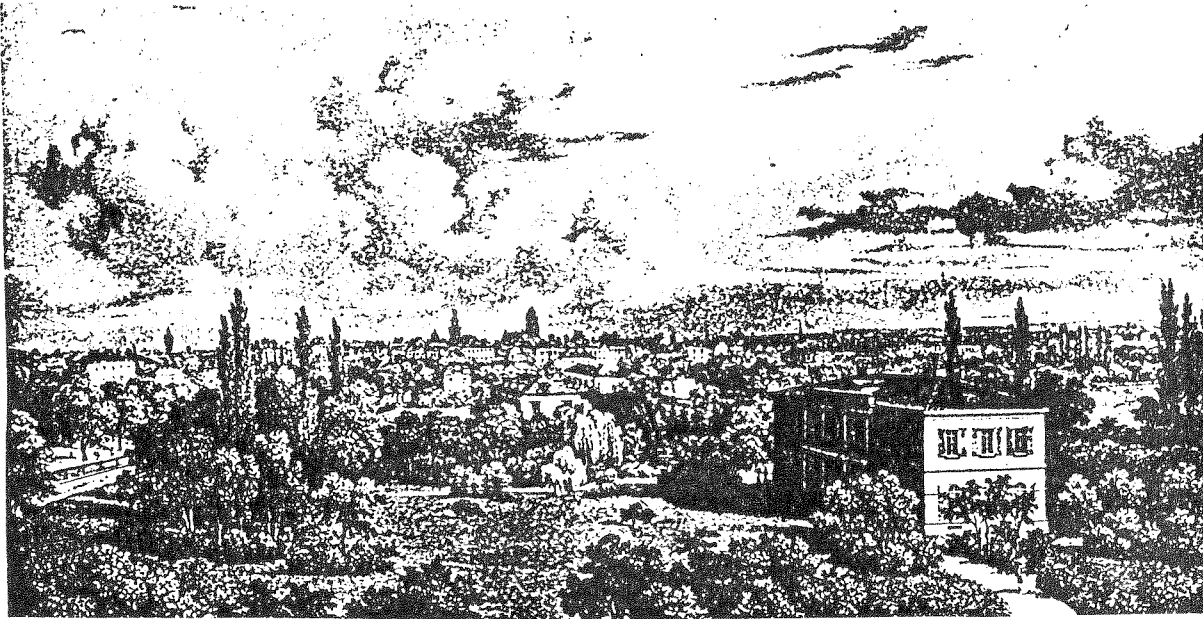
Frau Rat Goethe lobte begeistert das Gartenwerk und den weiten Blick bis zum Taunus.

Zuvor schon hatten Bürger begonnen ihre Ländereien mit festen Gartenhäusern auszustatten. Nachfolgend entstanden aus den Sommersitzen prunkvolle Villen inmitten gepflegter Parkanlagen. Gewächshäuser und gärtnerische Experimente kamen in Mode.

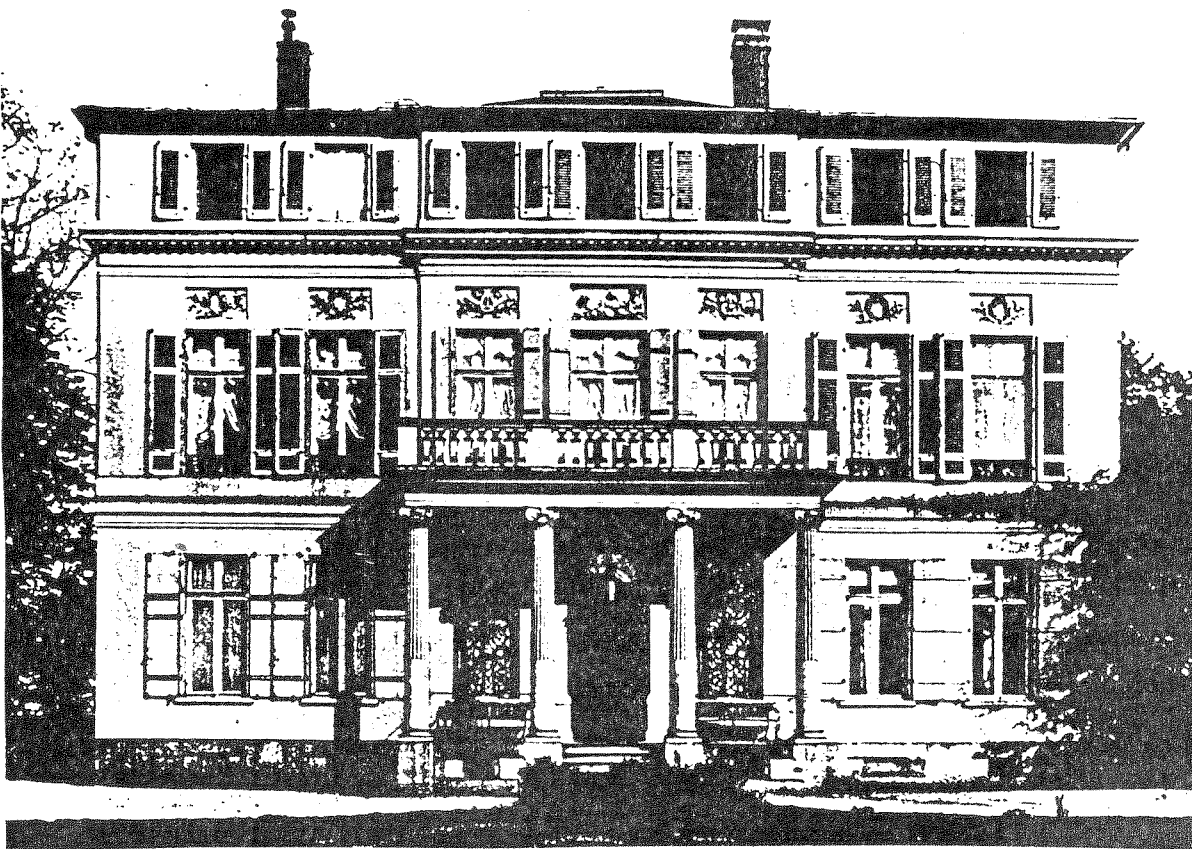
Durch Erbaufteilung oder Geschäftsveränderungen verkleinerten sich in der Folgezeit die ausgedehnten Ländereien. Handwerker, Bankiers, Kaufleute, Ärzte und andere drängten aus der Stadt; im Westend wurde es enger.

Ab 1860 entstanden Wohnvillen als Doppelhäuser mit geringerer Gartenfläche und die ersten Miet-Wohnhäuser mit Etagenaufteilung.

Das Grundstücksgeschäft blühte, Architekten boten zusammen mit fertiger Erschließung und vollständigen Plänen ganze Straßen oder aufeinander abgestimmte Eck-Ensembles an.



Garten und Gartenhaus Berna-Brentano um 1818 links der
Bockenheimer Chaussee (heute Niedenau 80)



Landhaus Gontard, 1799 (N.A. Salins de Montfort)
Bockenheimer Landstr. 42
Ausgebombt, abgerissen, heute Büroareal mit "Triton-Haus"

Das in 100 Jahren entstandene Stadtgebiet Westend war zweifellos Sitz der Reichen und bei zunehmend dichterem Bebauungsbereich wohlhabender Bürger. Auch bekannte Künstler hatten hier Heim und Arbeitsstätte. Bürgerlichem Mäzenatentum sind von hier aus viele kulturelle und soziale Einrichtungen zu verdanken, darunter z.B. der Grüneburgpark. Der Reiz dieses Stadtteils liegt bis heute darin, daß mit Vorgärten, Straßenbäumen und rückwärtigen Freiflächen ein gewisser Gartencharakter bewahrt werden konnte.

Schon der erste Weltkrieg brachte die etablierten Besitzverhältnisse durcheinander, Familien verarmten.

Herrschaftliche Etagen wurden unterteilt und boten dann nach noch immer bevorzugten Lebensraum.

Der zweite Weltkrieg tat ein übriges, die Menschen rückten zusammen. Verschiedene Leute teilten sich die Wohnung und waren dabei nicht unglücklich:

Die Zimmer mit den hohen Decken waren groß, das Flair blieb und die Altbauwohnungen waren niedrig.



171 Oberlindau 65

Von der Öffentlichkeit unbemerkt war eine soziale Mischung aus allen Schichten entstanden. Armut wurde mit unauffälliger Würde ertragen. Ungeachtet auch ganzer Karrees mit Werkswohnungen oder Sozialem Wohnungsbau, die nach dem Kriege hochgezogen wurden um der ersten Not zu begegnen, galt das Westend weiterhin als "Stadtteil der Reichen".

Die Distanz vieler Frankfurter zum Schicksal des ums Überleben kämpfenden Westends hatte hierin seine Wurzel.

Viel zu spät wurde verstanden, daß die Zerstörung eines gesunden Teiles den Gesamtorganismus der Stadt schädigt und Gefahr auch für alle anderen Bereiche signalisiert.

Frankfurt - "Bankfurt" ?

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ging die allgemeine Armut der Nachkriegszeit zu Ende.

Frankfurts gewählte Stadtväter waren in parteiübergreifender Einigkeit der Meinung, daß die Stadt - mittels entsprechendem Zutun - eine große wirtschaftliche Zukunft haben müßte. Angestrebt wurde, ein Bankenzentrum zu werden, vielleicht sogar das Bankenzentrum Europas - so Oberbürgermeister Brundert (SPD) in einer Bürgerversammlung im Palmengarten 1969. Mit vielen neuen Arbeitsplätzen und den vermehrten Steuereinnahmen würde die Stadt ihre vielfältigen sozialen und kulturellen Vorhaben verwirklichen können.

Dafür müßten eben Opfer gebracht werden, und zwar im Westend. Banken, Versicherungen und andere Gewerbe des "tertiären Sektors" würden nur beste Standorte akzeptieren.

Der günstig gelegene Stadtteil war als Erweiterungsgebiet für die künftig zu eng werdende Geschäfts-City schon ausgemacht. Ein Universitätsgutachten hatte dies empfohlen.

Mit ein paar locker skizzierten Zielvorstellungen ("Finger-Plan") wurde die Umgestaltung des Wohn- und Villenviertels dem Gutdünken der Behördenbürokratie und den "Kräften des Marktes" überlassen.

Das Ergebnis war verheerend.

Wildwest im Westend

"Investoren" wurden ermutigt "zu investieren", d.h. Grundstücke im Westend zu kaufen. Sie kamen in Scharen.

Genehmigungen für Häuserabrisse und neue Bürobauten wurden von der Genehmigungsbehörde regellos und großzügig erteilt.

Der "Ausverkauf des Westends" begann.

Die "Investoren" waren Geschäftsleute, die durch ihre aggressiven Methoden bald bekannt waren und üblen Ruf erlangten.

Alle namhaften Banken waren direkt oder über Tochtergesellschaften an der Finanzierung der Bodenspekulation beteiligt. Verunsichert waren alle Hausbesitzer, viele verkauften aus Gewinnsucht, andere aus Angst. Wo Aufkäufer auf mehr Charakterstärke stießen, waren Nachbarn ermutigt, ebenfalls abzulehnen.

Niemand wußte, wie es weitergehen würde. Der Stadtteil geriet in einen skandalösen Zustand.

Fast 20 000 Bewohner wurden trotz noch immer herrschender Wohnungsnot aus den Häusern und aus dem Westend vertrieben.

Zuerst die alten Mieter, nach ihnen die Gastarbeiterfamilien, die keine Wahl hatten und zur Verdrängung und zum Kaputtwohnen mißbraucht wurden. Sie hatten die schlechtesten Karten :

Zimmerweise Vermietung an ganze Familien in den einst gutbürgerlichen oder herrschaftlichen Etagen, selbst das Badezimmer noch als "Wohnraum" einzeln vermietet, ebenso Kellerverschläge und Dachkammern. Überlastung der Installationen , keine Reparaturen, bald feuchte Wände, kaputte Heizungen etc., dazu Wucherermieten und nur kurzfristige oder überhaupt keine Mietverträge.

Das Bemühen der so schäbig ausgebeuteten Familien um Sauberkeit und ein Minimum an Wohnlichkeit mutete heroisch an.

Unter solchen Bedingungen war aber die vom Hausaufkäufer gewünschte Verslummung nicht aufzuhalten.

1976 betrug die Schadensliste im Westend so um die 250 Gebäude, d.h. zu offenen Ruinen demolierte Wohnhäuser, leere Abrißplätze, überbelegte Slum-Häuser, leerstehende Gebäude oder aufgekaufte mit ungewissem Schicksal.

Bei dieser Zählung - es war eine empörte Anfrage der S P D im Ortsbeirat 2 an den Magistrat - waren die bereits neu erstellten Büroblocks oder Hochhäuser nicht voll mit aufgeführt, die den Platz früherer Wohnhäuser einnahmen.

Was sich im Westend in überstürztem Tempo ab 1968 vollzog, entsetzte denn doch die Stadtverantwortlichen, die einsichtsvollen jedenfalls. Im gesamten Innenstadtbereich spielte sich ähnliches ab, nur weniger beachtet.

Die Stadt sah sich in der Rolle des Zauberlehrlings, der mit den herbeigerufenen Geistern nicht fertig wird. "Stadtentwicklung" nach Wildwest- und Goldgräberart war neu, bekannt allenfalls vom Hörensagen aus den fernen U.S.A., und zwar als geschäftliche Exotik, die hier nicht denkbar schien. Dieser Stil warf hiesige Normen über den Haufen. Es mußten Mittel entwickelt werden, ihm zu begegnen. Nur schwerfällig folgte die Stadtverordnetenversammlung solchen notwendigen Überlegungen.

" K r a n k f u r t "

Schreckensmeldungen häuften sich von allen Seiten; die Not führte noch 1969 zur Gründung der "Aktionsgemeinschaft Westend" e.V. (A G W) unter Leitung des Architekten Dipl.Ing. Otto Fresenius und zahlreicher Helfer und Berater.

Mit umgehend mehr als 600 Mitgliedern entstand eine der ersten, angesehensten und zählebigsten Bürgerinitiativen der Bundesrepublik - 1971 Verleihung der Theodor-Heuss-Medaille für mündiges Bürgertum.

Namen und Verdienste sind hier nicht aufzuzählen, nur so viel sei erwähnt: Zu den stärksten Stützen des Gemeinschaftsunternehmens gehörte die evang. Matthäus-Gemeinde. Sensationell erschien der Öffentlichkeit auch, daß der SPD-Ortsverein Westend an der Spitze des Widerstandes gegen eine vom SPD-mehrheitlichen Magistrat verordnete "Planung" kämpfte, und zwar hier wiederum für die Lebensinteressen einer Bevölkerung, die ihrerseits eher konservativ eingestellt war. Aus dem Notstand entwickelten sich ganz neue Begegnungen, neue Erkenntnisse und eine Kommunikation, die bis dahin ungewöhnlich war.

Dem Widerstand dieser ^{Bürger} Initiative und ihren fundierten Verhandlungen mit der Stadt hat das Westend erhebliche Teile der Wohnbereichserhaltung zu verdanken und die Rettung einzelner, wichtiger Gebäude. Auch die noch neue Idee des Denkmalschutzes für Wohnhäuser der Gründerjahre und des Jugendstils konnte durchgesetzt werden. Alternative Vorstellungen zur Stadtentwicklung wurden aufgezeigt, die dem damals international gängigen Treiben der Stadtplaner entgegenstanden, die auf strikte Trennung der städt. Funktionen eingeschworen waren ("Athener Charta")

Von der A G W vertretene Gegenpositionen, daß nämlich die funktionale, soziale und architektonische Mischung anzustreben sei, gehören inzwischen zum Allgemeingut der Fachwelt.

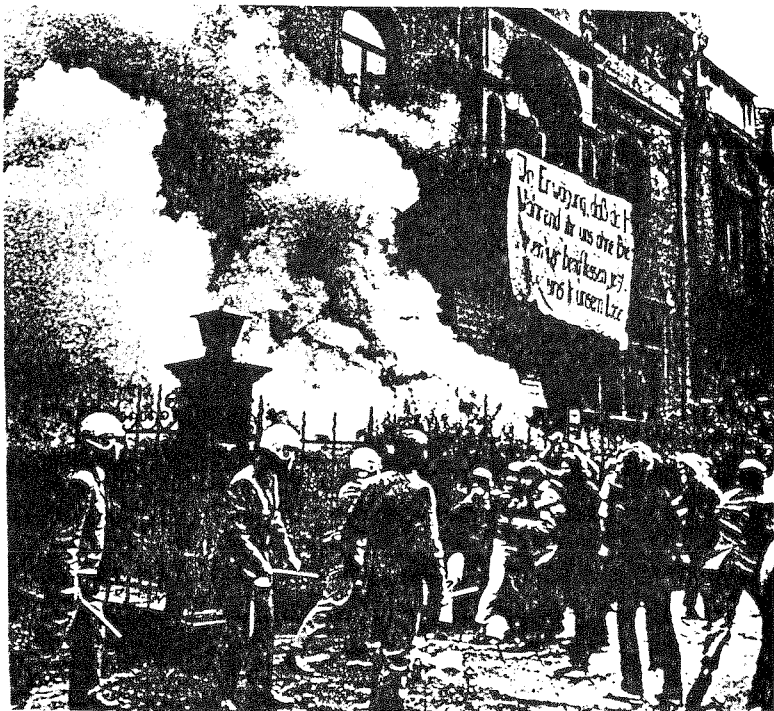
Das Bürgerbündnis im Westend schreckte auf, hätte dennoch nicht solches Echo gefunden. Dafür sorgten studentische H a u s b e s e t z u n g e n ab Spätsommer 1970 . Der Stadtteil kam bundesweit in die Schlagzeilen .

Zu der Teilrettung des Westends haben die Hausbesetzungen ganz erheblich beigetragen - ein bleibendes Verdienst der eigenwilligen und provokant auftretenden jungen Leute, die sich allerdings in Verkennung der Macht der Gegenseite und der eigenen geringen Möglichkeiten mehr Wirkung versprochen hatten. Heute sehr aufgeputzten Altbauten ist nicht anzusehen, daß sie vormals durch "Hausbesetzer" vor dem Abriß bewahrt wurden.

Der Aufstand im Westend schockte allerseits. Wo sich die Parteien doch so schön einig gewesen waren, den Stadtteil für die Aussicht auf goldene Zeiten preiszugeben, ergingen sie sich jetzt in Schuldzuweisungen kreuz und quer. Auch die A G W wurde bemäkelt, mal als linksverdächtig, mal als bürgerlich-reaktionär eingestuft, auch in die Nähe von bornierten "Frankfurter Krätschern" gerückt (so in einem bekannten Presseorgan) Hausbesetzer wurden mit Polizeigewalt aus Wohnhäusern gedroschen, damit diese weiterhin leerstanden oder abgerissen werden konnten.

Grüneburgweg 113 :
zusammen mit der
Polizei kamen Ab-
brucharbeiter der
Fa.Lippert ins Haus
und demolierten.

Das Gebäude stand
lange leer,
kam unter Denkmal-
schutz, wurde 1981
renoviert,
Büronutzung. *jetzt*
Die Villa ist Sitz
u. im Besitz eines
Bankinstitutes.



Gleichzeitig setzten sich vernünftigeren Überlegungen durch. Über das Westend wurde eine Veränderungssperre mit umgehendem Baustop verhängt.

Abrisse wurden nur noch n a c h Vorlage eines gültigen Bau-
scheins genehmigt. Diese wurden neu aber nicht mehr ausgestellt.
Auf alte Genehmigungen hin entstanden noch einige Bürobauten,
dann war aber erst einmal Schluß.

Zur Verstimmung der Fachbehörden kümmerte sich die Stadtver-
ordnetenversammlung wieder um Bau- und Planungsfragen, und dies
mit Akribie.

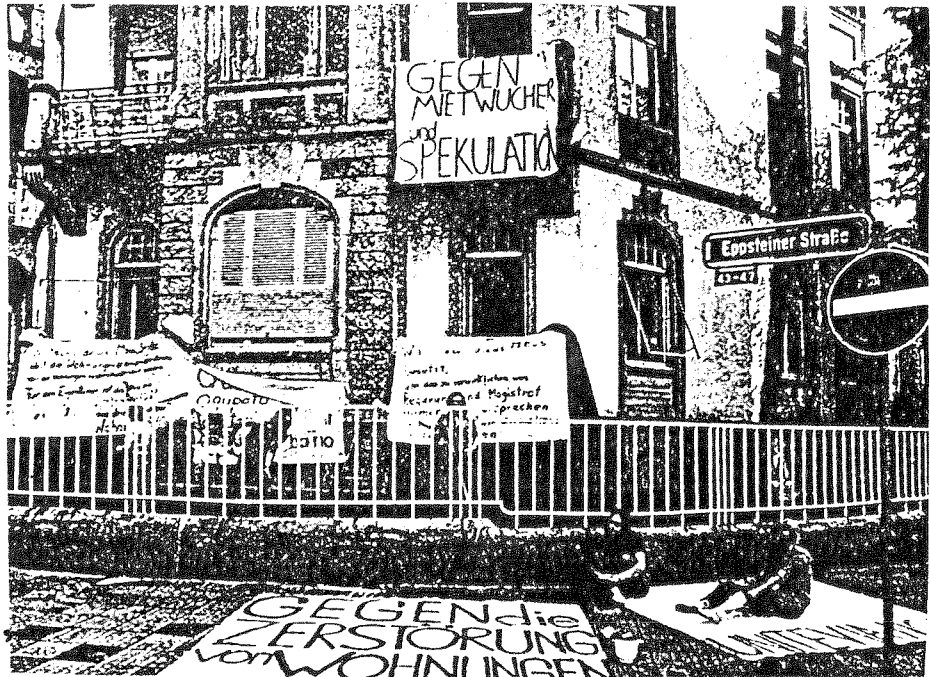
Ein neuer Bebauungsplan für's Westend kam in Arbeit, mühevoll
genug nach dem angerichteten Chaos.

1972 wurden Ortsbeiräte in Frankfurt eingeführt, ein Amt für

Eppsteinerstr.
Nr. 47 /
Eckhaus zur
Freiherr v.
Stein Straße

Hausbesetzung
1970,
zwei Mieter
aus dieser
Zeit wohnen
heute noch
dort.

Das Jugendstil-
Wohnhaus
blieb erhalten
Denkmalschutz,
renoviert.



Wohnungswesen eingerichtet , ebenso ein Amt für Denkmalschutz
und Stadtbildpflege.

Dazu wurden städt.Satzungen zum Schutz von Vorgärten, von Bäu-
men und gegen Zweckentfremdung von Wohnraum verabschiedet.

Diese und andere Hilfsmittel wurden auch für andere Stadtteile
wichtig.

Der verantwortliche Baudezernent, Zielscheibe der allgemeinen
Empörung, ging vorzeitig in Pension. Sein Nachfolger Hanns Adri-
an (später in Hannover) versuchte den abgedrifteten, schwer-
fälligen Kahn herumzuziehen.

Wirtschaftsrezession und ein Überangebot an neuerbautem Büro-
raum kamen solchen Bemühungen entgegen. Die Bodenpreise sanken.

Im Westend konterten die Aufkäufergruppen auf die entstandene
Verzögerung ihrer Geschäfte mit Prozeßdrohungen gegen die Stadt
und mit Verslummung. Ganze Areale erstarrten im Zustand gewoll-
ter Zerstörung. Bevölkerung und Magistrat sollten damit unter
Druck gesetzt werden mit dem Ziel, doch noch einen Bescheid in
der gewünschten Richtung zu erpressen.

1977 und 1978 wurde der Bebauungsplan Westend I Nr. 320 / 420
endlich verabschiedet, kurz bevor die bereits verlängerte Ver-
änderungssperre endgültig ablief. Er stellte einen hart erkämpf-
ten Kompromiß zwischen Wirtschaftsinteressen und Wohnbereichs-
erhaltung dar.

R e p a r a t u r e n

Die Bemühungen um Schadensminderung im Westend waren ^{zunächst} ernst gemeint. Bebauungsplan und Schutzsatzungen schafften endlich und scheinbar klare Verhältnisse, die von allen, den Spekulanten ausgenommen (sie protestierten und prozessierten) anerkannt wurden.

Der Wandel wurde deutlich :

Neben Grundstücken, auf denen Büroblocks oder Hochhäuser aller Stilarten der letzten fünfzehn Jahre standen, konnten Liegenschaften dem Wohnen oder ähnlichen Funktionen zurückgewonnen werden.

Einige wichtige Punkte waren vorher schon erkämpft, so die Erhaltung des traditionsreichen Café Laumer im Schnittpunkt des Westends an der Bockenheimer Landstraße, so auch die der Villa May an der Ecke zur Niedenau (Post), der ausgeplünderte "Historische Pferdestall" in der Ulmenstraße war in Renovierung zum Bürgertreff - um nur Beispiele zu nennen.

Die Abrißplätze wurden jetzt überwiegend mit Wohnhäusern bebaut, mit Eigentumswohnungen oder einer Anhäufung von Appartements zu teurerer Miete.

Bürgerhäuser und Villen, ja ganze Straßenzüge, die durch die Veränderungssperre oder durch den Denkmalschutz vor der Abrißbirne bewahrt blieben, fanden neue Liebhaber und neue geschäftliche Verwendung:

Fabelhaft herausgeputzt, manchmal innen bis zur Entkernung umgebaut, dienten sie dem Verkauf von Eigentumswohnungen zu überwältigenden Preisen. Die Nostalgiewelle ließ Altbauten eine neue Wertschätzung zukommen.

Häufiger noch zogen Büros ein, auch für sie der Altbau eine Statusfrage - ungeachtet des angeblichen Verbotes von Zweckentfremdung von Wohnraum.

Der Stadtteil erstrahlte in neuem Glanze.

Eine architektonische Mischung ist im Westend überzeugend erreicht (z.Zt.noch) aber die notwendige funktionale ist schon dahin. Unter schöner Fassade geht die Umwandlung des Westends zum "City-Erweiterungsgebiet" ungestört voran.

Der politische Wille, die Lebens- und Wohnbereiche der Frankfurter Bürger in dieser Stadt zu schützen, d.h., städt. Satzungen und Pläne hierzu auch durchzusetzen, fehlt eindeutig. Städt. Verantwortung ist seit 1980 "der Selbstregulierung des Marktes", d.h. dem Recht des Stärkeren überlassen. Ämter werden nur tätig, "wenn Anzeige erstattet wird", wenn Gartenbeseitigungen und Verdrängungskonflikte öffentlich gemacht werden. Selbst dann noch gilt amtliche Fürsorge überwiegend den Interessen der Geschäftswelt. Aus Westend-Erfahrung berichtet : S P D - Ortsbeiräte und AGW-Vertreter mühen sich im Kleinkampf ab, das rechtlich scheinbar gesicherte Wohnen zu verteidigen, wohlwissend, daß die Fälle, die sie vortragen , nur die Spitze des Eisbergs in Frankfurt sind. Das Ergebnis besteht in ein paar Prozenten erhaltener Wohnnutzung, beispielsweise zu ausgebauten Dachkammern noch 2 Wohnungen dazu. Erfolgserlebnisse sind hier Brocken, die von der Herren Tische fallen.

Die wache Bürgervertretung fällt lästig, sie stört nicht nur die Show einer nunmehr heilen und angeblich geordneten Welt, sondern bewirkt häufig im Vorfeld schon einiges, bringt Korrekturen an, die sich die Verantwortlichen später gern auf die Fahne schreiben. Sei's drum, wenn's nützt.

Ehemaliges
"Französisches
Institut"

Vom Aufkäufer
leergemacht,
Bürohaus an-
gestrebt —
für den Abriß
innen demo-
liert.

Denkmalschutz
- keine Ab-
rißgenehmi-
gung erteilt.



Eine potente Bank nahm sich

22 Villa Kassel (Freiherr-vom-Stein-Straße 65, Ecke Grüneburgweg)
der sog. Kellerleiche an (Bezeichnung für fast unlösbare Fälle)
investierte eine Unsumme für die Renovierung; selbst die zerstörte
Kassettendecke wurde erneuert.
Das Institut ist stolz auf diese vorzügliche "Repräsentanz"
(Z.Schutz des Hauses mauerten einst AGW u.SPD Türen u.Fenster zu)

D o c h n o c h " M a i n h a t t a n " ! .

Der depremierende Kleinkrieg^{im Garten- und Wohnraumerhaltung} im Westend-Leben reichte hin. Allen Aufregungen zum Trotz blieb der Bebauungsplan (an irgend etwas muß der Mensch sich halten können) ein Zeichen der Ordnung mit Symbol- und Glaubenskraft befrachtet, ein Rückhalt. Für den Magistrat war er das nicht.

Schon 1983 wurde er an der Bockenheimer Landstraße 42 , im Zentrum des Westends, außer Kraft gesetzt. Der Magistrat behauptete, hier unter Druck zu stehen, was nachweislich angezweifelt werden konnte. Das "Triton-Haus" entstand mit zusätzlich gebilligter Geschoßflächenziffer , d.h. einer enorm kompakten Ausnutzung und Befrachtung des nicht gerade kleinen Geländes. Die nächsten Anwohner protestierten. A G W sowie S P D - Vertreter schalteten sich ein. Der Erfolg bestand in einer Korrektur der Fassade. Die Niederzonung um 4 Stockwerke vorne wurde hinten wieder draufgepackt.

Für die Bockenheimer Landstraße, ist - im Sinne einer Siegesallee der Banken (so inzwischen spöttisch genannt) - die postmoderne Perle sicher ein Gewinn, für das Leben im Stadtteil nicht. Eins kommt zum anderen : Die Folgen, z.B. die hanebüchene Verkehrsüberlastung in den Wohnstraßen und die Parkplatznot sollen mit diesem Stichwort hier nur angedeutet werden.

Der Enttäuschung sollte der nächste Eklat bald folgen. Bevor Oberbürgermeister Dr. Wallmann (C D U) die Stätte des glanzbetonten Wirkens verließ, kündigte er für die Zukunft eine "Neue Generation von Hochhäusern" an mit Höhen in der Größenordnung der Türme der Deutschen Bank, d.h. ab 154 Meter . Dieses Gebäude am Randgebiet des Westends hatte bis dahin, zumindestens für das Westend, als Ausnahme gegolten.

Die Öffentlichkeit mußte nicht lange warten, bis entsprechende Projekte vorgestellt wurden:

Neben dem Hauptbahnhof soll das "Höchste Gebäude Europas" entstehen mit 250 Metern, dann 200 Metern, inzwischen 268 M. Der Rekord wird jedenfalls gehalten, denn der ebenfalls geplante Hochhausturm auf dem Messegelände, den der amerikanische Architekt Jahn bauen soll, wird 254 Meter erreichen .

Weitere zwanzig Hochhäuser solcher Größenordnung sind geplant, a l. l. e im Westen Frankfurts, d.h. in den Folgewirkungen betreffen sie auch das Westend ebenso wie Bockenheim, Gallus- und Gutleutviertel, nämlich unterschiedlich bewohnte Innenstadtbereiche.

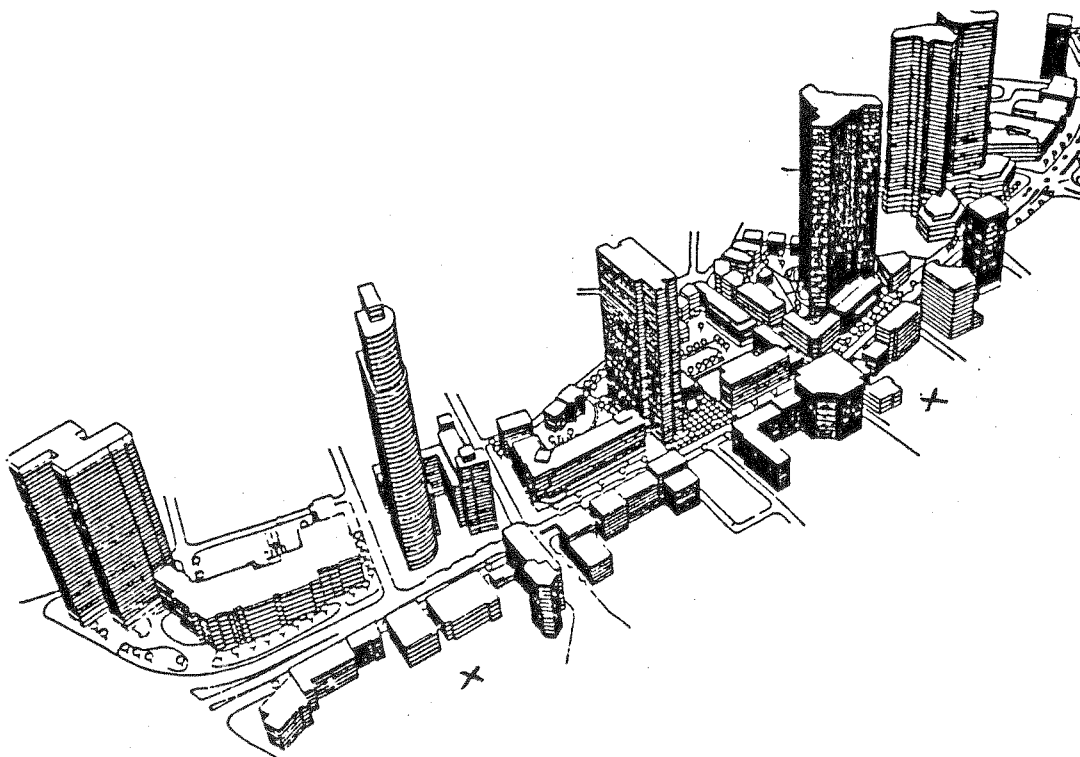
Wie zu erwarten bei solcher Euphorie im Rathaus, weil schon einmal so erlebt, wird auch das Westendterritorium nicht verschont bleiben: Zwischen den vorhandenen drei Riesen an der Mainzer Landstraße zwischen Opernplatz und Platz der Republik sollen zwei weitere "die Lücken" füllen. Ihre Höhe soll die der vorhandenen Türme noch erheblich übersteigen.

Für das eine Projekt (über 200 Meter) soll das Parkhaus an der Westendstraße (900 Stellplätze) verschwinden.

Der Planungsdezernent Dr.Küppers spricht von "Hochhauslandschaft" und von "Schutzwahl für das Westend-Wohngebiet", von "wie Perlen an einer Schnur" an der Mainzer Landstraße.

Der Magistrat scheut sich auch nicht, den Bebauungsplan, das Rückgrat aller bisherigen Bemühungen, dafür zu ändern.

Was dies alles bedeutet, braucht kaum noch erläutert zu werden. Die öffentliche Vorstellung der Pläne geriet im Westend zum Bürgertribunal, der Widerstand formiert sich, Not schließt zusammen.



Selbstverständlich ist Planern bekannt, daß Investoren für Hochhäuser solcher Dimensionen nur beste Standorte suchen, daß die scheinbare Ersparnis an Grundfläche außerordentliche Belastungen für das Umfeld nach sich zieht, in erster Linie in Bezug auf den Verkehr, der sich sowohl ballt wie weithin verteilt.

Bei einer solchen Massierung von Riesenbauten mutet der Hinweis auf U - oder S-Bahnanschlüsse als perfekter Lösung schon lächerlich an. Selbst bei Bemühungen, den Verkehr auf kleinsten Nenner zu bringen, sind entspr. Verkehrsregelungen zu Lasten der Umgebung, sind Zulieferer- und Andienungsstraßen notwendig.

Probleme der Verschattung, der Luftbelastung, der Boden- und Grundwasserveränderung, der ungeheuren Energieverschwendung bei dieser Bau- und Betriebsweise seien nur am Rande erwähnt. Hochhäuser verändern krebsartig ihr Umfeld. Dies weiß man längst. Von "Schutzwall" für das Westend zu sprechen, ist übler Zynismus, wie überhaupt in dieser ganzen Rechnung Menschen-Bürger-Wähler weder Würde noch Stellenwert haben.

Die bekanntgewordenen Vorhaben kreisen aus weiterer und näherer Entfernung das Westend ein. Der Stadtteil gerät, bildlich gesprochen, in die Lage einer Schüssel, die von den Rändern her noch dezimiert wird.

Gleichzeitig geht der bekannte Aushöhlungsprozeß durch die Zweckentfremdung von Wohnraum weiter. Die Pläne des Magistrats wirkten sich wie eine Börsennachricht aus. Aufkäufer und Umwandlungsspekulanten schlugen im ganzen Stadtteil zu. Der Verdrängungsprozeß nimmt ungehindert härteste Formen an.

Neben aufgeregten Neulingen treten auch alte Spezies wieder an. So erwarb die Firma Schleich die Häuser Bettinastr. 32 - 38 . Zu Aufkäufen am Frankfurter Berg befragt, äußerte der Profi weitsichtig, daß Japaner später die erhöhten Mieten bezahlen würden. Dr. Küppers dazu, auch Japaner könnten schließlich die Stadt künftig beleben. Mieter, die im Westend die Kündigung erhalten, lassen sich diesen so formulierten Trost auf der Zunge zergehen.

Die nach Aufkäufen in astronomische Höhe getriebenen Mieten, die auf lukrativere Bürovermietung hinauslaufen, definiert

der verantwortliche Planungsdezernent als Erfolg. Sie seien ein Zeichen dafür, wie begehrt "wieder" das Wohnen im Westend sei.

D a s W e s t e n d i n d e r Z a n g e

Von außen Einkreisung durch Hochhäuser, von innen Aushöhlung durch Zweckentfremdung von Wohnraum.

Die Bitte um mehr Schutz, d.h. um örtlich tätige Kontrolle der Stadt zwecks Durchsetzung der städt. verbrieften Satzungen und der Wohnausweisungen im Bebauungsplan wurde seit 1980 vom Magistrat (jetzt CDU) überhört oder abgelehnt.

Inzwischen sind die Verdrängungsschäden nicht mehr zu übersehen. Weder Mitglieder der AGW, noch des Ortsbeirats oder andere Ehrenamtliche verfügen über Möglichkeiten, einer derartigen Ausbeutungsdynamik zu begegnen.

Der Oberbürgermeister kündigte die Erarbeitung einer "Erhaltungssatzung" an. Ob der Versuch ernst gemeint ist, wird daran zu messen sein, ob die erforderlichen Begleitmaßnahmen endlich erfolgen:

- Klar ausgewiesene behördlich-personelle Präsenz im Stadtteil mit Sprechstunden im Westend.
- Zu den bau- und planungsrechtlichen Fachkenntnissen des oder der Beauftragten wird eine enge Verbindung zur Verwaltung u. ein ständiges Erneuern der genauen Ortskenntnis erwartet.
- Eigenständige Kontrollgänge u. entsprechende Befugnisse müssen den unzumutbaren Ratschlag ablösen, der Bürger könne "bei Verstößen ja Anzeige erstatten"..(!)

Eine Art Modell für den Einsatz könnten die vormaligen positiven Erfahrungen mit dem sog. Stadtteilberater von 1974 - 1978/79 bieten. Aber auch andere administrative Formen sind denkbar. Nun, wir hoffen erneut.

S t a d t e n t w i c k l u n g i n F r a n k f u r t

Wem die beschriebenen Auseinandersetzungen zu mühsam (sie sind es) erscheinen, muß sich sagen lassen, daß ähnliche Probleme und ähnliche Mechanismen in zahllosen Orten der Bundesrepublik anzutreffen sind, und daß keine Landmassen zur Verfügung stehen, die ein Ausweichen ermöglichen. Wer erträgliche Verhältnisse wünscht,

wird an Ort und Stelle dafür zu kämpfen haben.

Wir wissen, daß das Westend nicht nur für sich steht und fällt. Frankfurt ist auf dem Wege zur einseitig ausgerichteten Wirtschaftsmetropole und zum überdimensionierten Verkehrsknotenpunkt.

Diesem mit Hektik betriebenen Ziel werden die anderen Verantwortlichkeiten der Kommune untergeordnet, manche sogar aufgegeben. Die regierende Oligarchie, d.h. eine kleine und nicht nur mit politischen Machtmitteln ausgestattete Gruppe, billigt Bürgern Partnerschaft nicht zu, rechnet vielmehr mit der Verschiebbarkeit und Manipulierbarkeit "der Masse".

Folgerichtig wird die Verdrängung der Wohnbevölkerung, die üblicherweise ein städtisches Gemeinwesen nicht nur belebt, sondern auch trägt und verantwortet, immer weiter aus der Stadt hinaus mit Gleichmut in Kauf genommen. Der Vorgang gibt sogar Sinn: Bürger, deren Lebensbereich räumlich abgenabelt wurde, sind nicht motiviert, in Frankfurt noch mitreden zu wollen.

Die Vorstellung, daß Stadtwachstum auch anders, vielleicht rücksichtsvoller geregelt werden könne, findet in den Absichten des großen Monopoly keine Erwägung. Von dem Verdrängungsprozeß ist auch die mittelständische Geschäftswelt erreicht; sie wird zunehmend um den Standort, d.h. um die selbständige Existenz gebracht.

Zum Kalkül gehören hingegen die mit enormem Aufwand betriebenen kulturellen Anstrengungen, Attraktionen und andere organisierte Spektakel. Sie erfüllen die Aufgabe des Ersatzes für den Verlust an städtischer und gesellschaftlicher Substanz in Frankfurt. Offiziell auch so vorgestellt, sollen sie künftig vor allem für das Behagen einer neuen, mobilen Schicht des gehobenen Dienstleistungsgewerbes sorgen, für deren Zuzug nach Frankfurt anspruchsvolle Wohnreservate - möglichst Innenstadt - im planerischen Gespräch sind.

Der funktionalen Entmischung folgt, radikaler noch als erwartet, die soziale Entmischung der Stadt. So reiht sich dann die vormalig ortsansässige Stadtbürgerschaft bei den Touristen ein und bestaunt anlässlich gelegentlicher Besuche "ihre Metropole".

Wem dieses Bild Unbehagen macht, insbesondere auch die Unverfrorenheit des Vorgehens und die Undurchsichtigkeit der Verflechtung von Politik und Geschäft, kommt in Frankfurt nicht umhin, seinen Anteil an kritischem Widerstand zu leisten.

Frankfurt a.M., September 1988

Odina Bott